

"Jabloko" vor den Dumawahlen

Luchterhandt, Galina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Luchterhandt, G. (1999). "Jabloko" vor den Dumawahlen. (Aktuelle Analysen / BIOst, 44/1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48199>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen *Wahlen in Rußland 1999/3*

Nr. 44/1999

25. Oktober 1999

"Jabloko" vor den Dumawahlen

Zusammenfassung

"Jabloko" ist im sechsten Jahr ihres Bestehen, nachdem sie sich ideologisch und organisatorisch konsolidiert hat, auf dem besten Weg, eine starke demokratische Partei zu werden. Sowohl im Zentrum als auch in den Regionen nimmt ihr Einfluß zu. Die Zahl ihrer Mitglieder und regionalen Organisationen ist gewachsen. "Jabloko" ist inzwischen nicht nur auf vielen Ebenen in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten, sondern auch in der regionalen Exekutive. Bis jetzt hat die Partei nicht die Möglichkeit erhalten, auf der Ebene der Föderation Regierungsfunktionen zu übernehmen, was die Chancen der Partei bei den Dumawahlen aber keineswegs schmälert. Ihre Basis und ihre potentielle Wählerschaft sind demokratisch orientierte Bürger, die die Politik der jetzigen Regierung ablehnen.

Entwicklung der Partei seit 1993

"Jabloko"¹ entstand im Oktober 1993 als Wahlblock bzw. als Koalition von demokratisch orientierten Organisationen, die in Opposition zur Regierungspolitik standen. Als Initiatoren trat eine Reihe von Politikern und Intellektuellen auf, darunter der ehemalige Stellvertretende Ministerpräsident der UdSSR, der Wirtschaftswissenschaftler und Direktor des *EPICentr*, Grigorij Jawlinskij, und Jurij Boldyrew, der eine Zeitlang in der Präsidialadministration die Hauptstaatsinspektion geleitet hatte, sowie der Direktor des *IGPI*,² Wjatscheslaw Igrunow. Im Obersten Sowjet wurde diese Initiative von der Fraktion *"Eintracht für den Fortschritt"* (Wiktor Schejnis u.a.) unterstützt. Gründungsmitglieder des Blocks waren eine Reihe kleiner demokratischer Parteien: u.a. die Republikanische Partei der Rußländischen Föderation (*RPRF*), die Sozial-Demokratische Partei Rußlands (*SDPR*), die Rußländische Christlich-Demokratische Union (*RChDU*). Der schnell gebildete Block stellte sowohl programmatisch als auch organisatorisch eine bunte Mischung dar. Sogar über die wichtigsten politischen Fragen, wie die Bewertung der Präsidialverfassung, die Haltung zur Beschießung des Weißen Hauses oder über die Politik der Regierung und des Präsidenten insgesamt, nahmen die Blockmitgliedern teilweise geradezu entgegengesetzte Positionen ein.

Die 7,9 Prozent Wählerstimmen bei der *Dumawahl im Dezember 1993* sind daher als Erfolg zu werten. Anfangs herrschten unter den 27 Mitgliedern des Blocks in der ersten Duma starke

¹ Internet-Adresse von "Jabloko": <http://www.yabloko.ru>

² Internationales Institut für geisteswissenschaftliche und politische Studien, Moskau.

Meinungsunterschiede. Die Parlamentsarbeit führte jedoch zur Konsolidierung der Fraktion, die durch die Ablehnung der Regierungspolitik, insbesondere während des Tschetschenienkrieges, ein deutliches politisches Profil gewinnen konnte. Andererseits büßten die kleinen Parteien, die den Block bildeten, durch interne Spaltungsprozesse praktisch ihre Bedeutung ein. Seit 1994 stellten sie keine selbständigen politischen Akteure mehr dar.

Im Januar 1995 wurde schließlich die *"Gesellschaftliche Vereinigung 'Jabloko'"* gegründet. Im Dezember 1995, vor den Wahlen zur zweiten Duma, verfügte sie bereits in 65 Subjekten der Föderation über Regionalorganisationen. Die konsequente Kritik an der Regierungspolitik in ökonomischen und politischen Fragen verschaffte "Jabloko" auch bei diesen Wahlen 6,9 Prozent der Wählerstimmen bzw. 31 Mandaten. 14 "Jabloko"-Mitglieder wurden direkt gewählt. Die Wahlergebnisse wiesen allerdings regional sehr starke Unterschiede auf: In Moskau, St. Petersburg, in den Gebieten Rostow, Nishnij Nowgorod, Tscheljabinsk, Jaroslawl, Orenburg und Tomsk bekam "Jabloko" mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen, in Kamtschatka lag der Wähleranteil sogar bei 20,8 Prozent (!). In den meisten Republiken und in den Gebieten des "roten Gürtels" erreichte man dagegen im Durchschnitt nur drei Prozent. Die *"Jabloko"-Fraktion* in der zweiten Duma bestand 1996 aus 46 Mitgliedern. Sie hatte den Vorsitz in den vier wichtigsten Dumausschüsse: Haushalt, Steuern und Banken, Naturressourcen und Umwelt sowie Auswärtiges. Die Fraktion brachte viele Gesetzesvorlagen ein, insbesondere zu Wirtschaftsfragen, zu Fragen der Sicherung der Menschenrechte, zum Wahlrecht, zum Aufbau der Föderation und der kommunalen Selbstverwaltung.

Vor den *Präsidentenwahlen 1996* wurden die gesamten Ressourcen von "Jabloko" für den Wahlkampf mobilisiert. Ihr Kandidat, Jawlinskij, erreichte im ersten Wahlgang 7,3 Prozent. Das Ergebnis zeigt, daß die Wählerschaft von "Jabloko" stabil geblieben war. In der Regel erzielten dieselben Regionen, in denen "Jabloko" bereits bei den Dumawahlen gute Ergebnisse erreicht hatte, auch bei den Präsidentenwahlen für Jawlinskij hohe Werte. In St. Petersburg erhielt er sogar 15,2 Prozent und im Gebiet Kamtschatka 17,3 Prozent.

Bei den *Regionalwahlen* schwankten die Wahlergebnisse. Am erfolgreichsten war "Jabloko" in St. Petersburg, wo sie bei den Gouverneurswahlen eine Koalition gegen Sobtschak bildete und nach dem Sieg von W. Jakowljew den Stellvertretenden Bürgermeister, Igor Artemjew, stellte. Insgesamt nahm "Jabloko" an 25 Gouverneurswahlen teil. In fünf Regionen trat sie mit eigenen Kandidaten an, konnte sich aber in keinem Fall durchsetzen. In elf Fällen unterstützte sie den Kandidaten der "Partei der Macht" gegen die Opposition, in vier Fällen wandte sie sich gemeinsam mit der KPRF gegen den zur Wiederwahl angetretenen Amtsinhaber.

Bis zum VI. Parteitag blieb "Jabloko" ein lockeres Bündnis, dessen regionale Untergliederungen ihre Politik und sogar ihre Programmatik weitgehend selbständig bestimmten, was unvermeidlich zu Differenzen und sogar zu Konflikten innerhalb der Bewegung führte. Aber bereits auf dem *V. Parteitag* (30.11./ 1.12.1996) waren grundlegende Entscheidungen zum Parteaufbau sowie zur Taktik bei regionalen und lokalen Wahlen getroffen worden. Im übrigen legte man sich weiter auf eine "prinzipielle Opposition zur Regierung und zum Präsidenten" sowie auf eine "unversöhnliche" Ablehnung der "national-kommunistischen" Opposition fest. Angestrebt wurde der Aufbau einer Zivilgesellschaft in Rußland; eine Aufgabe, die vom Widerstand gegen die Kriminalisierung des Staates nicht zu trennen war.³

Zu Veränderungen kam es auch im Organisationsbereich. Neben Lukin, der ursprünglich als einziger das Amt eines Stellvertretenden Vorsitzenden innehatte, kamen zwei weitere Stellvertreter: Sergej Iwanenko, ein Ökonom aus dem *EPICENTR*, für die Arbeit der Fraktion, Wjatscheslaw Igrunow für den Parteaufbau.

Als folgenschwer erwiesen sich im Herbst 1997 die Ernennungen des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Sadornow, zum Finanzminister, und im Frühjahr 1998 die Ernennung von Oksana Dmitrijewa, Abgeordnete aus St. Petersburg und Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für

³ G. Javlinskij, *Krisis Rossi: Konec sistemy? Načelo puti?*, Moskau 1999.

Haushalts- und Finanzfragen, zur Ministerin für Arbeit. Beide waren gezwungen, aus der Vereinigung "Jabloko" auszutreten, weil die Fraktion die Annahme dieser Ernennung geschlossen ablehnte. Der Grund lag darin, daß die Parteiführung eine Regierungsbeteiligung an die Bedingung knüpfte, daß der Präsident das Wirtschaftsprogramm von "Jabloko" akzeptiere und "Jabloko" als Gruppe in die Regierung beriefe.

Der *VI. Parteitag* (14./15. März 1998) verabschiedete die mehr als ein Jahr zuvor angekündigte Strategie und bestätigte die Parteiführung im Amt. Man ging davon aus, daß es für "Jabloko", die als einzige starke, konsequent demokratische Partei auf der politischen Bühne Rußlands verblieben war, nicht ratsam wäre, eine Koalition mit den anderen – schwächeren – Parteien des demokratischen Spektrums zu bilden. Zugleich wurden Koalitionen auf regionaler Ebene nicht ausgeschlossen. Neben einer grundsätzlichen Opposition zur Regierungspolitik wurde die Formulierung eines Mißtrauensvotums als Aufgabe innerhalb der Parlamentsarbeit gesehen. Wichtiges Ziel war es, die ambivalente Politik der KPRF und der LDPR zu entlarven.

In den Jahren 1997/98 gelang "Jabloko" in vieler Hinsichten ein politischer Durchbruch. In dem Maße, in dem die anderen Parteien des demokratischen Spektrums Mitglieder verloren und immer schwächer wurden, nahm die politische Bedeutung von "Jabloko" zu. Im Laufe der Wahlen zu den Regionalparlamenten konnte die Partei 38 Mandate in zwölf Subjekten der Föderation erringen. In zwei Fällen – in Jaroslawl und Sachalin – wurden Parteimitglieder zu Vorsitzenden der regionalen Vertretungskörperschaften gewählt. Die Zahl der Regionen, in denen "Jabloko" in der Exekutive auf der regionalen und lokalen Ebene vertreten war, nahm zu. Dazu gehörten neben St. Petersburg, auch Perm (Stellvertretender Bürgermeister A. Sotin), Kropotkin (Bürgermeister W. Jurtajew), Gatschina (Stellvertretender Bürgermeister W. Lebedew), Tscheljabinsk und Kamtschatka. Darüber hinaus vermehrten sich Anfragen von prominenten Politikern in Spitzenpositionen, die ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit äußerten.

Nachdem "Jabloko" in vielen regionalen und lokalen Parlamenten mit eigenen Fraktionen vertreten war und von Unternehmern und Bankiers mehr finanzielle Unterstützung erhielt, konnten die regionalen Organisationen stärker unterstützt werden. Zugleich ordnete die Zentrale schrittweise ihr Verhältnis zu den regionalen Organisationen neu, die inhaltlich nicht mit der Parteispitze übereinstimmten. Dieser Prozeß war mit scharfen Auseinandersetzungen verbunden, die bis zur Auflösung und Neugründung von Parteiuntergliederungen gingen.

Die Regierungskrise im April 1998 sowie die darauffolgende Finanzkrise und die weiteren Regierungswechsel stärkten die Position von "Jabloko", da sie im Unterschied zu anderen Fraktionen, insbesondere den Kommunisten, die zum Teil den jungen Ministerpräsidentenkandidaten Sergej Kirijenko unterstützten, an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Regierung festhielt. Im April 1998 boykottierte die Fraktion konsequent alle drei Abstimmungen über die Kandidatur Kirijenos. Während der zweiten Regierungskrise im Herbst 1998 wandte sich "Jabloko" gegen die Wiedereinsetzung von Tschernomyrdin als Ministerpräsidenten. Es war Jawlinskij, der die Kandidatur von Primakow als einen Kompromißkandidaten ins Gespräch brachte. Den Vorschlag, selber Stellvertretender Premierminister für das Ressort "Soziale Fragen" zu werden, lehnte Jawlinskij mit der Begründung ab, daß er ohne eigene Mannschaft und ohne Finanzressourcen nicht imstande wäre, sein Reformprogramm zu verwirklichen. Ungeachtet der grundsätzlichen politischen Unterstützung für die Primakow-Regierung initiierte "Jabloko" im Oktober 1998 eine Antikorruptions-Kampagne, die auch hochgestellte Regierungsbeamte von Anschuldigungen nicht verschonte.⁴

Nach der Entlassung Primakows stimmte "Jabloko" in beiden Fällen – bei der Abstimmung über Stepaschin wie bei der über Putin – frei ab, da die Fraktion sich nicht über ein gemeinsames

⁴ A. Golovkov, *Principial'no principal'naja partija – NG-scenarii*, 1999, Nr. 5, S. 13; *Iz političeskoj programmy "Jabloko"*, *Nezavisimaja gazeta*, 1999, Nr. 5, S. 12.

Vorgehen einigen konnte. Zudem hielt man diese Personalentscheidungen politisch nicht für sonderlich relevant.

Programmatik

Auf dem II. Parteitag (Sommer 1995) verabschiedete "Jabloko" ein Programm, das auf dem III. Parteitag (Winter 1996) als Jawlinskijs Plattform für die Präsidentschaftswahlen Bestätigung fand. Dieses Dokument war ein Kompromiß zwischen den verschiedenen ideologischen Strömungen innerhalb von "Jabloko". Auf dem VII. Parteitag (im September 1999) wurde ein neues Programm vorgestellt, das aus zwei Teilen bestand: aus einem kurzen Wahlprogramm "Stabilität – Vertrauen – Zukunft" und aus einem Plan für die Gesetzgebung in der nächste Legislaturperiode.

Im Wahlprogramm wird "Jabloko" als eine demokratische, sozial orientierte Bürgerpartei definiert, die gegen Radikalismus, für eine ehrliche Politik, für ein einheitliches Rußland und für Reformen zugunsten der Mehrheit der Bürger eintritt. "Jabloko" strebt die *Formierung einer Zivilgesellschaft*, einer "zivilisierten" Staatsordnung und einer konkurrenzfähigen, sozial orientierten Marktwirtschaft an. Die Bürger sollen sich zusammenschließen, um die eigenen Probleme zu lösen und um Willkür und Gewalt besser widerstehen zu können.

Im *wirtschaftlichen* Bereich besteht "Jabloko" auf einer strukturellen Änderung der Wirtschaftspolitik. Es steht allerdings fest, daß die Wirtschaftsordnung "das Privateigentum, eine *liberale Wirtschaft...*" zur Basis haben soll. Aufgabe des Staates sollte es ein, "einen freien Wirtschaftswettbewerb zu garantieren, den Markt gegen Kriminalisierung und Monopolismus" zu verteidigen. Gleichzeitig strebt man den Aufbau eines *Sozialstaates* an. Der freie Markt soll so eingegrenzt werden, daß schwache Bevölkerungsschichten ebenso wie Wissenschaft, Kultur, Gesundheitswesen und Bildungswesen vom Staat unterstützt werden. Eine konkurrenzfähige, sozial orientierte Marktwirtschaft soll das Wachstum der Löhne, der Renten und Sozialabgaben sicherstellen.

Im politischen Bereich gilt als grundlegendes Prinzip, daß die Legalität nie der Zweckmäßigkeit zum Opfer fallen soll. Politik soll ehrlich, moralisch, offen, verantwortungsvoll und professionell werden. Es soll ein Rechtsstaat aufgebaut werden, in dem alle Bürger und Amtspersonen nur dem Gesetz unterstehen. Unter anderem fordert man die schnelle und konsequente Durchsetzung einer Gerichtsreform. Die Machthaber sollen den Willen des Volkes nicht ignorieren. Die Verfassung soll die Gewaltenteilung garantieren. Daher will man die Kompetenzen des Parlaments erweitern und die des Präsidenten und der Exekutive auf allen Ebenen begrenzen. Die Prinzipien des Föderalismus sollen verfassungsrechtlich garantiert werden, wobei das Prinzip der Gleichberechtigung und der Erweiterung von Kompetenzen der Subjekte der Föderation als grundlegend gilt. Eine kommunale Selbstverwaltung soll den Bürgern ermöglichen, ihre Probleme selbständig, ohne ständige Einmischung des Staates zu lösen. Die Trennung zwischen Gesellschaft und Staat soll überwunden werden. Die Unterstützung kommunaler Selbstverwaltung und die Sicherstellung ihrer finanziellen Unabhängigkeit von den Staatsorganen wird ebenfalls zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Die Unabhängigkeit der Medien von den Finanzgruppen und vom Staat soll durch Gesetze und durch Ausübung politischen Drucks unterstützt werden.

In der *Außenpolitik* sieht man die Prioritäten im Aufbau einer Wirtschaftsunion der GUS-Länder, in einer selbständigen Politik innerhalb Europas und im Aufbau eines umfassenden Sicherheitssystems.

Binnenstruktur

Zwischen Frühjahr und Herbst 1999 wurde eine Neuregistrierung der Mitglieder und der Regionalorganisationen durchgeführt. Dabei wurden einige Organisationen aufgelöst, die gegen die Satzung von 1998 verstoßen hatten oder nur noch formal existierten (u.a. Swerdlowsk, Omsk und Wolgograd). Jetzt verfügt die Partei über eine straffe Organisation. Im Mitgliederbereich werden reguläre Mitglieder von sogenannten "Anhängern" unterschieden, die sich über eine gewisse Zeit durch

politische Arbeit bewähren müssen. Die regulären Mitglieder konstituieren die örtlichen und diese wiederum die regionalen Organisationen.

In einer Reihe von Gebieten mit potentiell großer Wählerschaft kam es durch die Umstrukturierung zu paradoxen Situationen. So gibt es im Gebiet Swerdlowsk keine eigentliche Organisation mehr, aber viele Anhänger und einige Mitglieder, die direkt aus dem "Jabloko"-Büro in Moskau verwaltet werden.

Die regionalen Abteilungen wählen, entsprechend der Satzung, ihre Vertreter, meist die Vorsitzenden der regionalen Abteilungen selbst, in den Vorstand (*Zentralrat*). Allerdings müssen diese auf dem Parteitag bestätigt werden. Nicht alle erreichen dabei die nötige Stimmenzahl, und daher sind nicht alle Regionen im Vorstand repräsentiert. Der Zentralrat seinerseits wählt die Mitarbeiter eines Büros, deren Aufgabe es ist, den politischen Kurs festzulegen und die Position der Partei zu aktuellen Entwicklungen zu formulieren. In diesem Gremium sind Abgeordnete der Staatsdumafraktion stark vertreten.

"Jabloko" vor den Parlamentswahlen 1999

Eines der wichtigsten Ereignisse im Vorfeld der Wahlen war der Abschluß einer Allianz mit dem Ex-Premierminister Sergej Stepaschin. Stepaschin war bereit, eine Reihe von Bedingungen von "Jabloko" zu akzeptieren. Unter anderem hat er den Einmarsch nach Tschetschenien im Dezember 1994 öffentlich bedauert. Ihm wurde der zweite Platz auf der föderalen Parteiliste eingeräumt. Ferner soll er in St. Petersburg in einem Direktwahlkreis kandidieren, wo er neben anderen gegen den Dumavorsitzenden Gennadij Selesnjow antritt. Das Bündnis mit Stepaschin war für "Jabloko", der man immer wieder Koalitionsunfähigkeit vorwirft, ein wichtiger Schritt. Zusammen mit Stepaschin kehrte auch Finanzminister Sadornow zur Partei zurück. Auch Michajlow, der Minister für regionale und nationale Politik, schloß sich Jabloko an. Auf der föderalen Liste der Partei stehen daher zwölf Namen, fast alle bekannte Politiker. Die ersten drei, deren Namen auf dem Wahlzettel erscheinen, sind: Jawlinskij, Stepaschin und Lukin. Auf den nächsten Plätzen kandidieren Igrunow, Tatjana Jarygina (die 1995 den dritten Platz einnahm), und Igor Artemjew (der ehemalige Stellvertretende Bürgermeister von St. Petersburg). An zwölfter Stelle steht Nikolaj Trawkin, ursprünglich Führer der "Demokratische Partei Rußlands", die eine der ersten demokratischen politischen Organisationen des Landes war; Trawkin hatte sich "Jabloko" 1997 angeschlossen.

Das Wahlgesetz erlaubt es, neben der föderalen Liste auch regionale Listen aufzustellen. Dabei werden Föderationssubjekte zusammengefaßt, für die gemeinsam eine Kandidatenliste erstellt wird. Das ist für manche Parteien ein Vorteil, weil sie dadurch die regionalen Listen so bilden können, daß die Territorien, in denen sie eine hohe Stimmenanzahl erwarten, mit solchen zusammengefaßt werden, die voraussichtlich schlechte Ergebnisse erbringen bzw. in denen die Grundorganisationen der Partei schwach sind. Insgesamt wurden 15 solcher Regionallisten gebildet. Der VII. Parteitag im September 1999 verabschiedete die Parteilisten, die föderale Liste mit zwölf und die regionalen Listen mit insgesamt 175 Kandidaten. Auf dem Parteitag wurden auch 137 Direktkandidaten nominiert. Damit ist mehr als die Hälfte der 225 Wahlkreise abgedeckt. Unter den Direktkandidaten befinden sich Vorsitzende und Aktivisten der regionalen Parteiorganisationen und einige Prominente aus den Regionen, die "Jabloko" nahestehen.

In der Vorwählerklärung, die der VII. Parteitag beschlossen hat, fordert "Jabloko" die Durchsetzung einer neuen Macht ("vlast") in Rußland, – einer Macht, die "nicht lügt, nicht stiehlt, nicht vor Banditen dienert und nicht den Oligarchien und Familienc clans gehorcht, ...", die "fähig ist, mit der eisernen Hand die Korruption zu erwürgen, die Kriminalität zu bekämpfen ...", und "fähig ist, für eine lange Zeit eine stabile Entwicklung des Landes zu ermöglichen". Ihr Profil definierte die Partei folgendermaßen: "Jabloko" sei "nicht die Partei der Bosse, sondern die Partei der Menschen", "nicht die Partei der Landesfürsten, sondern die Partei des einheitlichen Rußlands", "nicht die Partei der Vergangenheit, sondern die Partei der Zukunft". Rußland, so formulierte man, habe ein würdevolles Leben verdient. Und "Jabloko" werde dieses Leben zusammen mit den Bürgern aufbauen.

Neben der Konsolidierung der Partei, den personellen Koalitionen mit wichtigen Politikern und Vertretern der regionalen Eliten sowie einer konsequent durchgeführten Politik der demokratischen Opposition, kann "Jabloko" auch praktische Erfolge vorweisen. In St. Petersburg z.B., wo eine Reihe von Parteimitgliedern Ausschüsse der Administration leitete, nahm "Jabloko" auf die Finanzpolitik ("Durchsichtigkeit" des Haushalts, was in Rußland einmalig ist), die Transport-, Sozialpolitik, das Gesundheitswesen

u.a. Einfluß. Die wichtigsten Erfolge hat "Jabloko" jedoch im Bereich der föderalen Gesetzgebung vorzuweisen: In vielen Bereichen der Wirtschaftspolitik, des Sozialwesens, des Staatsaufbaus, der Menschenrechte, der Verteidigung, des Naturschutzes konnten die von der Fraktion ausgearbeiteten Gesetze verabschiedet werden. Die Mitglieder der Fraktion kämpften für die Begrenzung der Kompetenzen des Präsidenten, für die Kontrolle der Naturmonopolisten. Auch sind Schritte der Partei bekannt geworden, die diese zur Bekämpfung der Korruption und der Kriminalität unternommen hatte.

Verglichen mit den anderen Wahlvereinigungen verfügt "Jabloko" über eine ganze Reihe von Vorteilen: Die Partei hat eine klare politische Position sowie eine straffe und konsolidierte Parteiorganisation, die es ihr erlaubt, im Wahlkampf ohne große zusätzliche Investitionen auszukommen. Der Führer von "Jabloko", Jawlinskij, ist prominent und hat ein hohes Ansehen. Verglichen mit den anderen politischen Akteuren ist "Jabloko" eine Partei mit "sauberen Händen", die nicht in Korruptionsaffären verwickelt ist. Ob dies alles reicht, um im Kampf mit den anderen Gruppen, vor allem mit den diversen administrativ gestützten Parteien der Gouverneure, ein gutes Wahlergebnis zu erzielen, wird die Zukunft zeigen.

Galina Luchterhandt

Dieser Beitrag ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Redaktion: Hans-Henning Schröder